



Rat der
Europäischen Union

Brüssel, den 6. Oktober 2023
(OR. en)

13684/23

LIMITE

**JAI 1243
FREMP 269
AG 112
POLGEN 137**

VERMERK

Absender: Vorsitz
Empfänger: Delegationen

Betr.: Anstrengungen zur Verbesserung der Effizienz und der Qualität der
Justizsysteme

Die Delegationen erhalten in der Anlage den Vermerk des Vorsitzes im Hinblick auf das
Arbeitsessen der Justizminister auf der Tagung des Rates (Justiz und Inneres) am
19./20. Oktober 2023.

Arbeitsessen: Anstrengungen zur Verbesserung der Effizienz und der Qualität der Justizsysteme

I.

Die Rechtsstaatlichkeit gilt neben der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte als einer der Grundwerte der Union. Sie ist allen Mitgliedstaaten gemeinsam und ein Fundament der Identität der Union. Sie ist ein zentraler Faktor für die politische Stabilität und den wirtschaftlichen Wohlstand in Europa. Wie Präsidentin von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union 2023 hervorhob, werden *Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte stets die Grundlagen unserer Union bilden – in den heutigen wie auch künftigen Mitgliedstaaten.*

Die in Artikel 2 EUV verankerte Rechtsstaatlichkeit umfasst die Grundsätze der Rechtmäßigkeit, die Folgendes voraussetzen: einen transparenten, rechenschaftspflichtigen, demokratischen und pluralistischen Rechtsetzungsprozess, Rechtssicherheit, das Willkürverbot für die Exekutive, einen wirksamen Rechtsschutz – einschließlich des Zugangs zur Justiz –, unabhängige und unparteiische Gerichte – auch in Bezug auf die Grundrechte –, Gewaltenteilung sowie Nichtdiskriminierung und Gleichheit vor dem Gesetz.

Angesichts seiner Bedeutung gibt es mehrere europäische Instrumente zur Wahrung dieses Grundsatzes.

Der von der Europäischen Kommission eingerichtete jährliche Zyklus zur Überprüfung der Rechtsstaatlichkeit ist ein Instrument zur Vertiefung des Dialogs und der gemeinsamen Sensibilität für Fragen der Rechtsstaatlichkeit sowie ein präventives Instrument und ein Instrument zur Förderung der Annahme von Maßnahmen zur Stärkung unserer Institutionen und des Vertrauens unserer Bürgerinnen und Bürger in diese. Die seit 2020 angenommenen Berichte über die Rechtsstaatlichkeit stützen sich auf eine Vielzahl von Quellen, darunter das EU-Justizbarometer¹. Der jährliche Rechtsstaatlichkeitsdialog des Rates stützt sich auf den Bericht der Kommission, und neben den Beratungen im Rahmen des Rates (Allgemeine Angelegenheiten) führt der Rat (Justiz und Inneres) seit 2020 weitere und eingehendere Beratungen über Fragen im Zusammenhang mit der Rechtsstaatlichkeit, die in seine Zuständigkeit fallen.

¹ Dok. 10407/23 – EU-Justizbarometer 2023 – Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, die Europäische Zentralbank, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen (COM(2023) 309).

Dem EU-Justizbarometer 2023 zufolge sind für die Anwendung und Durchsetzung des EU-Rechts sowie für die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und anderer Grundwerte der EU, die allen Mitgliedstaaten gemein sind, leistungsfähige Justizsysteme unabdingbar. Bei der Anwendung des EU-Rechts fungieren die nationalen Gerichte als Gerichte der EU. Das EU-Justizbarometer bietet einen jährlichen Überblick über die Indikatoren, deren Schwerpunkt auf drei wesentlichen Parametern leistungsfähiger Justizsysteme liegt: i) Effizienz, ii) Qualität und iii) Unabhängigkeit.

II.

Gut funktionierende Justizsysteme sind für die Anwendung und Durchsetzung des EU-Rechts und die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit von entscheidender Bedeutung. Ein effizientes Justizsystem erlässt seine Entscheidungen ohne ungebührliche Verzögerung. Übermäßig lange Verfahren und erhebliche Rückstände untergraben das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen in die nationalen Justizsysteme.

Daher kommt der wirtschaftlichen Perspektive der Justizsysteme allergrößte Bedeutung zu. Insbesondere wird ein Justizsystem, das keine ausreichenden Garantien bietet oder das nicht mit der gebotenen Sorgfalt vorgeht, wenn sich eine der Parteien für geschädigt erachtet, ein Hindernis für Unternehmensinvestitionen und damit für das Wachstum der Produktivität und die Wirtschaftsleistung insgesamt darstellen. Leistungsfähige Justizsysteme sind für das gegenseitige Vertrauen, die Verbesserung des Investitionsklimas und ein nachhaltiges langfristiges Wachstum grundlegend. Im Jahresbericht zum nachhaltigen Wachstum 2023², in dem die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Prioritäten für die EU dargelegt werden, wird der Zusammenhang zwischen effizienten Justizsystemen und dem Unternehmensumfeld in den Mitgliedstaaten und einer Wirtschaft im Dienste der Menschen bestätigt. Gut funktionierende und gänzlich unabhängige Justizsysteme können sich positiv auf das Investitionsklima auswirken, sind wesentlich für den Investitionsschutz und tragen somit zu Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit bei.

² Dok. 15184/22.

Wie frühere Berichte enthält der Bericht über die Rechtsstaatlichkeit 2023 eine weitere Analyse der Unabhängigkeit, Qualität und Effizienz der Justizsysteme in allen Mitgliedstaaten, wobei hervorgehoben wird, dass gut funktionierende und vollständig unabhängige Justizsysteme von entscheidender Bedeutung sind, um sicherzustellen, dass die Justiz zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen handelt. Die Effizienz von Justizsystemen hängt von Parametern ab wie etwa der Zahl der Rechtssachen³, der geschätzten Verfahrensdauer⁴, der Verfahrensabschlussquote⁵, der Zahl der anhängigen Rechtssachen⁶, der Verfahrensdauer, der Zugänglichkeit der Justiz⁷ und der Nutzung von digitalen Instrumenten⁸ und Bewertungsinstrumenten⁹ sowie den ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen und personellen Ressourcen¹⁰, insbesondere davon, ob sie personell angemessen ausgestattet sind und ob das Personal qualifiziert ist und geschult und angemessen entlohnt wird. Eine ausgewogene Einhaltung all dieser Parameter kann für die Mitgliedstaaten eine Herausforderung darstellen, doch das EU-Justizbarometer 2023 zeigt, dass sich die Wirksamkeit der Justizsysteme der EU in der großen Mehrheit der Mitgliedstaaten weiter verbessert¹¹.

Die den nationalen Justizsystemen zugewiesenen Finanzmittel haben unmittelbare Auswirkungen auf die Dauer von Gerichtsverfahren, und viele Mitgliedstaaten haben ihrem Justizsystem im Rahmen ihrer Aufbau- und Resilienzpläne zusätzliche Mittel zugewiesen. Sie haben auch mehrere Initiativen zur Verbesserung der Digitalisierung umgesetzt, was für mehrere Mitgliedstaaten eine Priorität darstellte. Darüber hinaus wurden innovative Maßnahmen ergriffen, die die Bereitstellung von Schulungen für die Angehörigen der Rechtsberufe erfordern.

Außerdem sind angemessene personelle Ressourcen nicht nur unerlässlich, um zu gewährleisten, dass Gerichtsentscheidungen unverzüglich ergehen, sondern auch, um die Attraktivität der Justizberufe und die Verfügbarkeit qualifizierter, ausgebildeter und angemessen entlohnter Fachkräfte zu gewährleisten. Die den Justizsystemen zugewiesenen Mittel sollten der Bedeutung der ihnen übertragenen Aufgaben und Verantwortlichkeiten entsprechen; die Rechtspflege gehört dabei zu den wichtigsten.

³ EU-Justizbarometer 2023, Schaubilder 2-4.

⁴ EU-Justizbarometer 2023, Schaubilder 5-9.

⁵ EU-Justizbarometer 2023, Schaubilder 10-12.

⁶ EU-Justizbarometer 2023, Schaubilder 13-15.

⁷ EU-Justizbarometer 2023, Schaubilder 24-31.

⁸ EU-Justizbarometer 2023, Schaubilder 40-48.

⁹ EU-Justizbarometer 2023, Schaubild 39.

¹⁰ EU-Justizbarometer 2023, Schaubilder 32-38.

¹¹ EU-Justizbarometer 2023, Seite iii.

Schließlich haben viele Mitgliedstaaten weitere Schritte unternommen, um die Anwendung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) auf die Justizsysteme zu verbessern, da die Justizsysteme der Mitgliedstaaten durch die Digitalisierung nicht nur gestärkt, sondern auch zugänglicher, effizienter und resilienter werden. Die Digitalisierung ist von entscheidender Bedeutung, um die Effizienz der Justizsysteme zu steigern und den Zugang zur Justiz zu erleichtern. Sie wird den Mitgliedstaaten dabei helfen, die derzeitigen und künftigen Herausforderungen zu bewältigen, mit denen die nationalen Justizsysteme konfrontiert sind. Der Einsatz innovativer Technologien wie künstlicher Intelligenz und Robotisierung führt zu Zeiteinsparungen und ermöglicht es, wiederkehrende Aufgaben Maschinen zu überlassen. In dieser Hinsicht sind die Überwindung der digitalen Kluft und die Nutzung künstlicher Intelligenz zwei der Herausforderungen, die die Mitgliedstaaten voraussichtlich kurzfristig bewältigen müssen.

Um die Debatte anzustoßen, werden die Ministerinnen und Minister ersucht, sich mit folgenden Fragen zu befassen:

- Könnten Sie bewährte Verfahren ermitteln, die in Ihrem Mitgliedstaat angewandt wurden, um die Effizienz und Qualität des Justizsystems zu verbessern, auch unter Berücksichtigung neuer Herausforderungen, mit denen die Justizsysteme konfrontiert sind, wie etwa der Einsatz künstlicher Intelligenz und der Rückgriff auf Videokonferenzen?
- Wie könnte Ihres Erachtens die EU die Mitgliedstaaten weiter dabei unterstützen, die Effizienz und Qualität der nationalen Justizsysteme zu stärken?